

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nach den Verlusten der Vorwoche konnten sich die Aktienmärkte in dieser Woche zumindest stabilisieren. Unterstützend wirkte insbesondere die Hoffnung auf eine Lösung des Handelsstreits. Das Aussetzen der Autozölle Chinas am heutigen Freitag ist ein weiteres Signal in Richtung Entspannung. Für Verunsicherung sorgte weiterhin die Debatte um den Brexit.

Die Europäische Zentralbank beendet wie erwartet ihr Anleihekaufprogramm zum Jahresende, wird aber fällige Anleihen noch für lange Zeit wieder am Markt reinvestieren. An den europäischen Kern-Staatsanleihemärkten tat sich wenig, Frankreich geriet aufgrund der finanziellen Zugeständnisse Macrons ein wenig unter Druck. Vor allem Staatspapiere aus Italien, aber auch die restliche Peripherie konnten hingegen Kursgewinne verbuchen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Portfoliomanagement

Union Investment Privatkunden



Marktticker

 **Union
Investment**

Wöchentliche Information zu den Kapitalmärkten 14. Dezember 2018

Inhaltsverzeichnis

Aktien:

- Internationale Aktienmärkte stabilisieren sich
- Europäischer Automarkt verliert weiter an Fahrt

Renten:

- EZB beendet Anleiheankäufe, Zinsen unverändert
- Italien profitiert auch von Frankreich - Renditen fallen weiter

Ausblick:

- Geldpolitische Sitzung der US-Notenbank Fed
- USA – Auftragseingang für langlebige Wirtschaftsgüter
- Deutschland der Ifo-Geschäftsklimaindex

Kursveränderungen

Marktindikator	Stand	Wertentwicklung	
	am 14.12.2018 ca. 16:00	seit 07.12.2018	seit 29.12.2017
Dow Jones	24.392	0,0%	-1,3%
EURO STOXX 50	3.099	1,3%	-11,6%
Dax 30	10.889	0,9%	-15,7%
Nikkei 225	21.375	-1,4%	-6,1%
MSCI Emerging Markets	54.656	0,7%	-10,2%
Euro-Leitzins	0,00%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger Bundesanleihe	0,26%	1 BP	-17 BP
Iboxx Euro Sovereign	234,37	0,3%	0,7%
Spread EMU Unternehmen- zu EMU-Staatsanleihen	100	2 BP	56 BP
US-Leitzins	2,25%	0 BP	75 BP
Rendite 10-jähriger US-Treasury-Bonds	2,89%	5 BP	49 BP
Euro-Wechselkurs in USD	1,13	-0,8%	-6,0%
Ölpreis (WTI) in USD/Barrel	52,16	-0,9%	-13,7%

Aktien

Internationale Aktienmärkte stabilisieren sich

Nach den Verlusten der Vorwoche gaben die Aktienmärkte auch zu Beginn dieser Woche an Boden ab. Am Montag verlor der DAX-Index 1,5 Prozent und gab auf 10.622 Punkte nach, bei 10.586 Punkten wurde zwischenzeitlich ein neues Jahrestief markiert. Auslöser für den erneuten Kurseinbruch war die Entscheidung der britischen Regierung, die ursprünglich für Dienstag geplante Abstimmung über den Brexit-Plan im Parlament zu verschieben. Damit nimmt die Unsicherheit über die weiteren Entwicklungen rund um den Brexit stark zu. Auch die Gelbwesten-Proteste in Frankreich sorgten unter den Anlegern für Verunsicherung. Allerdings konnten sich die Märkte bereits ab Dienstag erholen, die Kaufbereitschaft der Investoren nahm zu. Zu den Faktoren, die für den Kursanstieg sorgten, gehörten neben starken US-Börsen auch gute Konjunkturdaten. So stieg etwa der deutsche ZEW-Index als wichtiger Frühindikator stärker als erwartet an. Insbesondere waren aber auch nachlassende politische Risiken im Umfeld der Aktienmärkte verantwortlich für die Zuwächse. Neben der Hoffnung auf eine Lösung des chinesisch-amerikanischen Handelsstreits (hierzu gehörte auch das positive Signal, dass die festgenommene Huawei-Finanzchefin Wanzhou gegen Kautions- und strikte Auflagen in Kanada freigelassen wurde) sind hier auch das gewonnene Misstrauensvotum der britischen Premierministerin May und die weiteren Fortschritte im Haushaltsstreit mit Italien zu nennen. Die Sitzung der Europäischen Zentralbank (EZB) am Donnerstag hatte keinen nennenswerten Einfluss auf die Aktienmärkte. Die EZB hat die Leitzinsen auf ihrer aktuellen Sitzung wie erwartet unverändert belassen.

Sorgen um eine Abkühlung der Weltwirtschaft haben den Aktienbörsen am heutigen Freitag erneut einen herben Dämpfer verpasst. Eine Reihe wichtiger Daten aus China enttäuschten. Das Wachstum der dortigen Wirtschaft zeigt inmitten der Handelsstreitigkeiten mit den USA weitere Anzeichen einer Verlangsamung. Die Industrieproduktion und die Einzelhandelsumsätze sind im November weniger stark gestiegen als

von Experten erwartet. Enttäuschend fiel auch der Einzelhandelsumsatz aus. Dieser legte im November im Jahresvergleich um 8,1 Prozent zu. Das war der schwächste Wert seit Mai 2003.

Insgesamt verzeichneten die globalen Aktienmärkte per Freitagmittag auf Basis des MSCI World-Index einen Zuwachs von 0,5 Prozent. Der US-Index S&P 500 verlor 1,7 Prozent an Wert, der US-Technologieindex Nasdaq ein Prozent. Die europäischen Märkte handelten uneinheitlich: Der Euro STOXX 50-Index handelte 0,2 Prozent höher, während der deutsche DAX-Index um 0,4 Prozent nachgab.

Europäischer Automarkt verliert weiter an Fahrt

Im November sank die Nachfrage nach Automobilen in der Europäischen Union den dritten Monat in Folge. Der Branchenverband Acea machte wie in den Monaten zuvor die neuen EU-Abgasregeln für den Rückgang verantwortlich. Die Zahl der Zulassungen in den EU-Ländern sank im November um acht Prozent auf rund 1,12 Millionen. Die Nachfrage ging dabei in allen fünf Hauptmärkten (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien) zurück. Seit Jahresanfang schmolz der Anstieg der Neuzulassungen damit weiter: Das Plus lag nur noch bei 0,8 Prozent, die Zahl der Fahrzeuge bei knapp 14,2 Millionen. Bei den großen Herstellern erzielten nur Daimler mit 3,3 Prozent und Toyota mit 3,8 Prozent im November Zuwächse. Die übrigen deutschen Hersteller mussten Federn lassen. So sanken die Neuzulassungen bei der Volkswagen-Gruppe um knapp elf Prozent und die bei BMW um 2,8 Prozent. Zweistellige Zuwächse gab es hingegen bei der schwedischen Marke Volvo.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Nachrichten gaben Aktien der deutschen Automobilkonzerne Daimler und Volkswagen am heutigen Freitag in einem allerdings auch schwachen Marktumfeld zunächst über zwei Prozent an Wert ab. Die Meldung, dass China die Zölle für die amerikanische Autoindustrie ab 01. Januar 2019 zunächst für 90 Tage aussetzt, sorgte für eine Erholung bei den Autoaktien.

Renten

EZB beendet Anleihekäufe, Zinsen unverändert

Die Europäische Zentralbank (EZB) beschloss auf ihrer Sitzung am Donnerstag erwartungsgemäß die finale Beendigung ihres Anleihekaufprogramms zum Jahresende. Dennoch wird die EZB weiterhin als Käufer am Kapitalmarkt auftreten. Denn die bisher aus dem Anleihekaufprogramm erworbenen Wertpapiere werden bei Fälligkeit wieder am Markt reinvestiert. Seit März 2015 hat die EZB Papiere im Gegenwert von rund 2.600 Milliarden Euro in ihren Bestand aufgenommen. Darunter entfallen gut 2.000 Milliarden Euro auf europäische Staatsanleihen. Die Notenbank hat am Donnerstag in ihrem Ausblick die Vorgehensweise etwas angepasst. Fällige Anleihen werden nun viel länger als bislang angekündigt durch entsprechende Papiere am Markt ersetzt. Die Reinvestitionen sollen zudem über die ersten Zinserhöhungen hinaus (wir rechnen ab September 2019 mit einer ersten Anhebung des negativen Einlagensatzes) erfolgen. Die Allokation der Wiederanlagen wird sich am neuen Kapitalschlüssel der EZB orientieren.

Darüber hinaus zeigte sich EZB-Präsident Draghi sehr zweckoptimistisch hinsichtlich der noch ordentlichen Konjunkturaussichten. Angesichts der sich zuletzt im Euroraum eintrübenden Wirtschaftsindikatoren hatten Anleger die derzeitige Zins- und Geldpolitik der EZB in Frage gestellt. Die von der Zentralbank veröffentlichten neuen Projektionen zum Wirtschaftswachstum und zur Inflationsentwicklung wurden nun (gegenüber der Septembersitzung) für 2019 um 0,1 Prozentpunkte auf 1,7 respektive 1,6 Prozent leicht herunterkorrigiert. Derzeit scheinen somit alle Ampeln der EZB zufolge weiter auf grün. Die globalen Wachstumsrisiken müssten sich stärker materialisieren und der Wachstumsausblick wohl unter ein Prozent fallen, um eine grundlegende Änderung der Geldpolitik zu erzwingen. Am Pfad der gemächlichen geldpolitischen Normalisierung ändert sich somit zunächst nichts. Reaktionen auf die EZB-Sitzung seitens der europäischen Staatsanleihemärkte waren nicht zu beobachten.

Italien profitiert auch von Frankreich - Renditen fallen weiter

Der Renditerutsch am italienischen Staatsanleihemarkt setzte sich in der Berichtswoche fort. Unbestätigten Berichten zufolge soll Ministerpräsident Conte bezüglich des Budgetdefizits nunmehr einen verringerten Zielwert von rund zwei Prozent vorschlagen. Die Hoffnungen der Anleger zielen nun auf eine Beilegung des Streits mit der EU-Kommission ab. In der Folge kam es zu einer deutlichen Aufwärtsbewegung am italienischen Staatsanleihemarkt. Renditeseitig ging es mit 2,95 Prozent im Zehnjahresbereich unter die Drei-Prozentmarke. Die italienische Zinskurve verschob sich nach unten, Laufzeiten im Bereich von drei bis zehn Jahren wiesen die stärksten Renditerückgänge auf (bis zu 27 Basispunkte). Damit engten sich die Risikoprämien zu deutschen Bundespapieren weiter ein, denn der deutsche Markt trat in der Berichtswoche auf der Stelle.

Italien konnte aber auch von den Ereignissen in Frankreich profitieren. Die über Tage anhaltenden Proteste der Bevölkerung gegenüber der französischen Regierung bewogen Präsident Macron letztlich zu einigen Zugeständnissen. Steuerfreie Überstunden und die Erhöhung des Mindestlohnes werden vom französischen Staat zu tragen sein. Die Kosten wurden in ersten Schätzungen auf acht bis zehn Milliarden Euro geschätzt. Damit wird die Defizitgrenze von drei Prozent im kommenden Jahr von Frankreich kaum zu halten sein. Die EU hat aber der französischen Regierung schon Entgegenkommen signalisiert. Italien wird in dieser Frage nun auf Gleichbehandlung pochen können. Der französische Staatsanleihemarkt reagierte zunächst mit Verlusten, die Zehnjahresrendite zog vorübergehend um sieben auf 75 Basispunkte an, fiel aber zum Wochenschluss wieder zurück.

Freundlich tendierten im Fahrwasser Italiens auch Spanien und - mit deutlichem Renditerückgang (minus 15 Basispunkte auf 1,65 Prozent) - die Portugiesen. Der US-Markt zeigte sich mit einem leichten Renditeanstieg (plus drei Basispunkte im Zehnjahresbereich) nur gering verändert. Britische Gilts schwankten im Rahmen der vom Brexit geprägten politischen Ereignisse, lagen auf Wochensicht aber mit 1,26 Prozent für zehn Jahre Laufzeit letztlich unverändert.

Ausblick

In der neuen Handelswoche steht die Sitzung der US-Notenbank Fed im Blickpunkt der Anleger. Die am Markt als ausgemacht geltende Zinserhöhung - der neunte Schritt im laufenden Zinszyklus - um 25 Basispunkte würde dann den Zielkorridor der Fed Funds auf 2,25 und 2,5 Prozent hieven. Größere Beachtung wird aber die Kommunikation der Fed finden. Der eine oder andere Marktteilnehmer erwartet hierbei Änderungen. Der kürzlich bekannt gewordenen Rede Powells zufolge liegt der Leitzins in der Nähe des von der Fed als neutral angesehen Bereiches. Dies stellt den nach oben gerichtete Zinspfad zunehmend in Frage. Es gilt mittlerweile nicht mehr als selbstverständlich, dass die Fed auch weiterhin die Zinsen erhöhen und dabei auf Autopilot bleiben wird. Die in jüngster Vergangenheit immer flacher gewordene Zinskurve gilt als Vorbote eines wirtschaftlichen Rückgangs respektive rezessiver Tendenzen, dies konterkariert den nach oben gerichteten Zinsstrend. Die Fed wird sich nunmehr wohl verstärkt an der aktuellen Datenlage orientieren, wenngleich nicht mit einem raschen Kurswechsel in der Zinspolitik zu rechnen ist. Druck kommt aber auch zunehmend von politischer Seite. Präsident Trump braucht niedrige Zinsen zur Unterstützung der Wirtschaft und hält sich mit verbalen Attacken gegenüber der Fed nicht zurück.

Wichtige Wirtschaftsdaten betreffen in der neuen Woche sowohl die USA als auch Deutschland. Am Freitag werden die Auftragseingänge für langlebige Wirtschaftsgüter in der US-Wirtschaft (November) bekanntgegeben. Zudem stehen viele Kennzahlen aus der US-Bauwirtschaft an. Bereits am Dienstag wird für Deutschland der Ifo-Geschäftsklimaindex veröffentlicht. Kann der schon länger anhaltende Abwärtstrend im Dezember gestoppt werden? Viel ist vom Industriesektor mit seiner Auslandsnachfrage abhängig. Der Konsens rechnet für den Gesamtindex mit einem abermaligen, aber nunmehr geringen, Rückgang von 102 auf 101,8 Punkte.

Termine

Montag, 17.12.18	EWU: Verbraucherpreise, endgültig (Nov.) USA: Empire State-Index; NAHB-Wohnungsmarkt-Index (Dez.)
Dienstag, 18.12.18	DEU: Ifo-Geschäftsklimaindex (Dez.) USA: Baubeginne und Baugenehmigungen (Nov.)
Mittwoch, 19.12.18	GBR: Verbraucherpreise (Nov.) USA: Verkauf bestehender Häuser (Nov.) Geldpolitische Sitzung der US-Notenbank Fed
Donnerstag, 20.12.18	GBR: Einzelhandelsumsätze (Nov.) USA: Philadelphia Fed-Index (Dez.) Geldpolitische Sitzung der Bank of England Geldpolitische Sitzung der schwedischen Riksbank
Freitag, 21.12.18	JPN: Verbraucherpreise (Okt.) DEU: GfK-Verbrauchervertrauen (Jan.) FRA: Wirtschaftsvertrauen (Dez.) USA: Auftragseingang für langlebige Wirtschaftsgüter; Einkommen und Ausgaben der privaten Haushalte; Preisindex für Konsumausgaben ohne Energie und Nahrungsmittel (alle Nov.); Verbrauchervertrauen (Universität Michigan, endgültig Dez.); BIP Q3 endgültig

Disclaimer

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Investment Privatfonds GmbH nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der jeweilige Verfasser jedoch nicht ein. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment werden lediglich beispielhaft genannt und können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Alle Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie dürfen daher weder ganz noch teilweise verändert oder zusammengefasst werden. Sie stellen keine individuelle Anlageempfehlung dar und ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Für die Eignung von Empfehlungen zu Fondsanteilen oder Einzeltiteln für bestimmte Kunden oder Kundengruppen übernimmt Union Investment daher keine Haftung.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seinen Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen:
14. Dezember 2018, soweit nicht anders angegeben.

Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Service Bank AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon 069 58998-6060
Telefax 069 58998-9000
www.union-investment.de

Impressum

Union Investment Privatfonds GmbH
Investment Office
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt